

stimmt zwar für seine Nachfolger, aber nicht für Schumacher. An einen deutschen Verteidigungsbeitrag stellt er zwei Bedingungen: Zum einen müssten die Deutschen in einer neuen Armee voll gleichberechtigt sein und dürften nicht als Kanonenfutter dienen. Zum anderen soll die Aufstellung deutscher Verbände hinter einem machtvollen Wall alliierter Divisionen entlang der Elbe erfolgen. Den Generalvertrag mit einer Vielzahl an diskriminierenden Bestimmungen lehnt er radikal ab; er erinnert an die Erfahrungen der Weimarer Republik und will die Linke von dem Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit bewahren. Mit dem scharfen Verdikt „Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein Deutscher zu sein“, macht Schumacher von nun ab gegen die Westpolitik der Regierung und die Europapläne der Westalliierten Front.

Unter dem Eindruck der Einheitsavancen aus Ostberlin Ende 1951 und der Stalin-Noten vom Frühjahr 1952 bröckelt die Übereinstimmung zwischen den Parteien auch in der deutschen Frage. Nach dem Scheitern des gemeinsamen Appells an die Vier Mächte, freie Wahlen unter internationaler Kontrolle in die Wege zu leiten, und der Festlegung der Regierung Adenauer auf die Westbindung der Bundesrepublik in den Pariser Verträgen, fordert die SPD eine selbstbewusste Prüfung der Stalin-Noten, um vielleicht noch bestehende Chancen für eine Wiedervereinigung nicht zu verpassen. Die von Moskau geforderte Neutralisierung lehnt Schumacher ab; er könnte sich aber vorstellen, dass ein wiedervereinigtes Deutschland darauf verzichtet, einem Militärbündnis beizutreten. Zum Test kommt es aber nicht, da ebenso wie Adenauer auch die Westal-

liierten eine Prüfung der Noten ablehnen. Den Fortgang der Debatte über den besten Weg zur deutschen Einheit erlebt Schumacher nicht mehr; er stirbt am 20. August 1952.

In seiner Biografie stellt *Merseburger* mit großer Klarheit dar, wie Schumacher unter dem Eindruck der Tragödie von Weimar falsche Schlüsse aus der Geschichte zieht und nicht in der Lage ist, die Situation im Nachkriegsdeutschland richtig einzuschätzen. Auf diese Weise macht er die SPD zu einer Partei von Pazifisten und Integrationsverweigerern. Erst Herbert Wehner und Willy Brandt gelingt es 1959-1960, die Sozialdemokraten aus der Isolation herauszuführen und allmählich wieder koalitions- und regierungsfähig zu machen. *Peter Merseburger* sei Dank dafür, dass er die Tragödie Kurt Schumachers mit einer überzeugenden Mischung aus Sympathie und kritischer Distanz klar herausarbeitet. Allerdings wäre der Band für die wissenschaftliche Forschung noch hilfreicher, wenn der Verfasser diesem zusätzlich zu der knapp gehaltenen Bibliographie ein Quellenverzeichnis beigegeben hätte.

Helga Haftendorn

Ullrich, Sebastian. *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 45)*. Göttingen. Wallstein Verlag 2009, 679 Seiten. 48 €.

Über lange Jahre wurde die Morgenröte der jungen Bundesrepublik von der schwarzen Wolke der Weimarer Republik überschattet. Würde die zweite deutsche Demokratie gefeit sein gegen das Schicksal der ersten deutschen De-

mokratie? Diese große Sorge während der Anfangsjahre der Bundesrepublik lässt sich nicht nur an zeitgenössischen Äußerungen in der politischen Öffentlichkeit, in Parlamenten, Parteien und Presse ablesen, sondern setzte auch einen thematischen Schwerpunkt in Lehre und Forschung der frühen bundesrepublikanischen Politikwissenschaft.

Sebastian Ullrich unternimmt es in seinem gelehrten Buch, das auf seiner von Heinrich August Winkler an der Berliner Humboldt-Universität betreuten Dissertation beruht, nicht nur die vielfältigen Äußerungen des Weimar-Bezugs in der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik darzustellen, sondern auch ihre historischen, politischen und sozialpsychologischen Ursachen zu analysieren. Er arbeitet heraus, wie der unablässige Verweis von Politikern aller Parteien, von Journalisten und von Wissenschaftlern auf die Weimarer Vergangenheit konstitutiv für die Selbstfindung der zweiten deutschen Demokratie war. Dabei spiegelt der vom Autor verwandte Begriff des „Komplexes“ nicht nur auf die Vielfältigkeit des von ihm untersuchten Phänomens wider, sondern auch dessen tiefenpsychologische Dimension: Der Untergang der Weimarer Republik war die traumatische Grunderfahrung der Bundesrepublik, er beinhaltete unbewältigte und oftmals verdrängte Fragen nach der Schuld der Deutschen am Scheitern der ersten deutschen Demokratie und Aufkommen der Hitler-Diktatur.

Der Buchtext gliedert sich in zwei große Teile. Im ersten Hauptteil greift *Ullrich* nicht nur auf die eigentliche Vorgeschichte der Bundesrepublik zurück, die Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, sondern arbeitet auch auf das sich schon in der Weimarer Zeit

ausprägende und dann insbesondere während des „Dritten Reiches“ propagierte Bild vom „Versagen“ der Kräfte und Strukturen der ersten deutschen Republik heraus. Um ein Hauptergebnis der Untersuchung vorwegzunehmen: Es ist erschreckend zu erfahren, wie lange und intensiv die antiparlamentarischen und antiparteienstaatlichen Ressentiments im Gefolge der nationalsozialistischen Propaganda auch nach dem Untergang des Hitler-Regimes in Deutschland nachwirkten. Die politischen Lager in den allen Besatzungszonen verstanden es, mit ihrer je unterschiedlichen Sicht des Untergangs der Weimarer Demokratie ihre eigene politische Position geschichtspolitisch abzusichern und die Schuld an der Machtergreifung Hitlers dem partei- und deutschlandpolitischen Gegner zuzuweisen. In einem minutiösen Kapitel über die verfassungsrechtlichen Lehren aus den Erfahrungen der Weimarer Republik gelingt es *Ullrich*, die bisher dominierende Sicht auf die scheinbar gradlinigen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus dem Scheitern der Weimarer Reichsverfassung durch eine subtile Analyse der Länderverfassungsdebatten vor allem in der amerikanischen Zone zu differenzieren und das damals im konservativer Bürgertum weitverbreitete Eintreten für eine autoritäre Präsidialdemokratie herauszuarbeiten.

Der zweite Hauptteil des Buches schildert dann die Wandlungsprozesse des Weimar-Bezugs im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik. Langsam wurde aus der bangen Frage, ob sich die Weimarer Krisenerscheinungen nicht wiederholen würden, die beruhigende Feststellung „Bonn ist nicht Weimar“, um den bis heute oft zitierten Buchtitel des Schweizer Journalisten Fritz René Alle-

mann von 1956 zu zitieren. Jetzt diene Weimar der bürgerlichen Bundesregierung unter Konrad Adenauer als negative Kontrastfolie, um die eigenen Stabilisierungsleistungen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet herauszustellen. Gleichzeitig entwickelte sich in der staatsbürgerlichen Bildung und nicht zuletzt in den geschichts- und politikwissenschaftlichen Arbeiten ein differenzierteres Bild der ersten deutschen Demokratie, das die pauschalen Klischees und Schuldzuweisungen der vorangegangenen Zeit überwand. In seiner abschließenden Zusammenfassung kommt *Ullrich* zu dem Ergebnis, dass sich in diesem Wandel des Weimar-Bezugs und insbesondere im Zurücktreten der antiparlamentarischen und antiparteienstaatlichen Denkhaltungen ein fundamentaler Wandel der politischen Kultur der Bundesrepublik von obrigkeitsstaatlich geprägten Einstellungen zu einer offenen und liberalen „westlichen Demokratie“ niederschlug. Dieser spannende Teilaspekt der „Westernisierung“ der Bundesrepublik Deutschland wird von *Sebastian Ullrich* in einer ungewöhnlich materialreichen Darstellung untersucht. Neben den selbstverständlichen zeitgenössischen Büchern und Broschüren hat er Parlamentsprotokolle und Aktenmaterial aus zahlreichen staatlichen Behörden, Artikel aus Zeitschriften und Zeitschriften sowie Meinungsumfragen und vor allem an die 50 Briefnachlässe wichtiger Politiker, Journalisten und Historiker ausgewertet: eine ungeheure Arbeitsleistung. Doch trotz dieser oft überbordenden Materialfülle versteht er es, seine Darstellung in den Rahmen der geschichtswissenschaftlichen Forschungsdiskussion einzubetten, die auch und gerade auf dem Gebiet der Zeitgeschichte unseres Staates in den

letzten Jahren innovative Entwicklungen zu verzeichnen hat. Gelegentlich allerdings verliert der Text den roten Faden seiner Fragestellung, weitet sich zu einem etwas ermüdenden Handbuch aus, zum Beispiel bei der Schilderung der Entwicklung der graphischen Gestaltung des Adlers im deutschen Staatswappen (481 ff.) und der Geschichtswissenschaft in der DDR (562 ff.).

Insgesamt verkörpert dieses Buch eine erstaunliche geschichtswissenschaftliche Forschungsleistung. Gleichzeitig aber beruht es, wie viele neueren historischen Arbeiten, auf einer souveränen Berücksichtigung interdisziplinärer Fragestellungen und Ergebnisse. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Politikwissenschaft. *Ullrich* stellt seine Untersuchung zu Recht, wie bereits am Untertitel des Buches abzulesen ist, in den Kontext des vor allem von Karl Rohe geprägten qualitativen Ansatzes zur Erforschung der politischen Kultur. Aber auch in inhaltlicher Hinsicht sind Repräsentanten der frühen bundesrepublikanischen Politikwissenschaft Gegenstand seiner Untersuchung des Weimar-Bezugs in der Bundesrepublik. Geradezu ein Held ist in der vorliegenden Darstellung Karl Dietrich Bracher, dessen 1955 veröffentlichte Habilitationsschrift über „Die Auflösung der Weimarer Republik“ in den Augen *Ullrichs* den mutigen Übergang von einem autoritären und konservativen Geschichtsbild des deutschen Sonderwegs zur Anerkennung der westlichen Demokratie als der einzigen einer modernen Industriegesellschaft angemessenen politischen Organisationsform darstellte. Und natürlich freut es den Schüler Kurt Sontheimers, dass auch dessen Habilitationsschrift über „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Re-

publik“ (1962) gewürdigt wird. Bracher wie Sontheimer sind mit ihren bahnbrechenden Studien zunächst auf den entschiedenen, karrierefährdenden Widerstand der Historikerelite gestoßen, konnten sich nur in der Politikwissenschaft etablieren. Umso bedauerlicher ist, dass sich die heutige Politikwissenschaft an diese nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch epochalen Leistungen ihrer bundesrepublikanischen Gründer und deren Schüler kaum mehr erinnert. So verdient die geschichtswissenschaftliche Studie Sebastian Ullrichs auch die Aufmerksamkeit unseres Faches.

Wilhelm Bleek

Internationale Beziehungen

Franke, Ulrich. *Die NATO nach 1989. Das Rätsel ihres Fortbestandes*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010. 337 Seiten. 49,95 €.

Ulrich Franke fragt nach den „Bedingungen der Möglichkeit des Fortbestands des atlantischen Bündnisses,“ (11) die er durch eine „von innen nach außen operierende Vorgehensweise“ (14) ermitteln möchte. Auf diese Weise schlägt er eine alternative Forschungsstrategie zu der sogenannten Subsumtionslogik vor, bei der der Forschungsgegenstand lediglich in vorab formulierte und von außen herangetragene Analysekategorien eingeordnet wird. Die neue Strategie auf der Grundlage der Methodologie objektiver Hermeneutik eröffne die „Aussicht auf neue Erkenntnisse“ (55) und Überraschungen. Als Ergebnis findet Franke, dass der Fortbestand der NATO von verschie-

denen Bedingungen abhängig sei. Dazu gehöre insbesondere die Grundlage „eines avantgardistischen Selbstverständnisses als wirksame Alternative zu den Vereinten Nationen.“ (317) Weiterhin müssten sich die Partner über zahlreiche Details ständig neu einigen. Diese Notwendigkeit bilde immer wieder den Schlüsselkonflikt. Ein Mangel an Einigkeit führe rasch zu „Identifikationsproblemen der Partner mit dem Bündnis, die in dessen Selbstblockade münden könne.“ (317) Der Vorrat an Gemeinsamkeiten bestehe vor allem aus „einem Bewusstsein ihrer gemeinsamen Vergangenheit, einer tendenziell religiös gefärbten Sichtweise auf die Welt [...] sowie aus einem gewissen Sendungsbewusstsein.“ (318) Zudem teilten die NATO Mitglieder das Ziel kollektiver Verteidigung, einer Art von Sicherheit, welche die „Gewährleistung eines ganzen Lebensmodells“ (318) in den Blick nehme. Zur Steigerung ihrer Legitimität habe die NATO einerseits das Aufgabenspektrum und die Mitgliederbasis erweitert und andererseits die Flexibilität der internen Macht- und Entscheidungsstrukturen gestärkt. Der Fortbestand der Allianz sei „in hohem Maße davon abhängig, ob sich die Mitglieder bei den meisten Sachfragen über zahlreiche Details einigen können.“ (319) Dieser Befund möge zwar trivial anmuten, sei jedoch deshalb überraschend, weil er im latenten Widerspruch zu dem herausragenden Selbstbild und der Gestaltung des Verhältnisses zur UN stehe.

Das Ergebnis gibt allerdings kaum Auskunft über die Bedingungen für den Fortbestand der NATO, zumal Franke selbst in einer Fußnote vermutet, dass die Selbstauflösung der UNO – und damit der Konflikt mit der